

Deutscher Kulturrat · Mohrenstraße 63 · 10117 Berlin

An die
Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Medien
des Landtags NRW
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
16. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME
16/3826**

A12

Deutscher Kulturrat e.V.
Mohrenstraße 63
10117 Berlin
Telefon 030. 226 05 28-0
Fax 030. 226 05 28-11
post@kulturrat.de
www.kulturrat.de

Berlin, den 29.04.2016

**Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen „Gelingende
Integration Flüchtlingen. Ein Integrationsplan für NRW“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Einladung zum Sachverständigengespräch am 03.05.2016 im Landtag NRW möchte ich Ihnen herzlich danken und die Gelegenheit nutzen, vorab zu einigen Aspekten schriftlich Stellung zu nehmen.

Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, befasst sich bereits seit langem mit Fragen von Integration sowie von interkultureller Bildung. Er hat hierzu Fachforen eingerichtet und sich in Stellungnahmen positioniert. Mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen seit Mitte des letzten Jahres hat sich der Deutsche Kulturrat am 30.09.2015 mit seiner Stellungnahme „Nothilfe jetzt. Integration als langfristige Aufgabe positioniert“. Aufbauend auf dieser Stellungnahme hat der Deutsche Kulturrat am 08.04.2016 die Stellungnahme „Integration braucht engagierte Menschen und stabile Strukturen“ verabschiedet. Beide Stellungnahmen füge ich bei. Sie sind Teil meiner schriftlichen Stellungnahme.

Zunächst möchte ich den Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen und die Anhörung im Ausschuss für Kultur und Medien des Landtags NRW ausdrücklich begrüßen. Die Diskussion um das Zusammenleben und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft gehören in die Mitte der Gesellschaft und damit auch in die Parlamente. Besonders freut mich, dass nicht nur auf vielleicht naheliegende Themen wie den Wohnungsbau, Qualifikation und Arbeit im Antrag eingegangen wird, sondern auch auf den Beitrag von Kultur und kultureller Bildung. Zu einigen ausgewählten Themen möchte ich eingehen und verweise ansonsten auf die beiliegenden Stellungnahmen. Ich beziehe mich dabei auf die Abschnitte der Ausschussdrucksache 16/11229.

II. Handlungsfelder einer gelingenden Integration Ankommen in NRW. Mehr als Sprache

Ich möchte unterstreichen, dass Sprache der Schlüssel zur Integration in die Gesellschaft ist. Das Erlernen der deutschen Sprache ist mehr als Spracherwerb, es dient zugleich dem Kennenlernen und Verstehen des kulturellen Lebens in Deutschland und ermöglicht Teilhabe. Begrüßenswert ist ebenso die Bereitstellung von Lern- und Orientierungshilfen. Hier engagieren sich viele Akteure des Kultur- und Medienbereiches. Lernplattformen und Apps bieten ortsunabhängig die Möglichkeit, sich zu informieren, Wissen und Kenntnisse zu erwerben. Erforderlich ist eine stärkere Bündelung und Abstimmung der verschiedenen Aktivitäten, nicht zuletzt auch um Ressourcen zielgerichtet einzusetzen.

Zugang zu Kultur und Medien sicherstellen

Ich möchte betonen, dass sich gerade im Kultur- und Medienbereich viele Einzelpersonen, Vereine und Institutionen in der Integrationsarbeit engagieren. Hierzu zählen auch viele Künstlerinnen und Künstler, die mit ihren künstlerischen Angeboten in Flüchtlingsunterkünften helfen die Zeit des Wartens zu verkürzen und sich mit dem Erlebten auseinanderzusetzen. Gerade die Kunst mit ihren oftmals nonverbalen Mitteln ermöglicht ganz eigene Formen der Auseinandersetzung.

Neben dem WDR, der neben der erwähnten Berichterstattung auch in seinem Programm Wert auf kulturelle Vielfalt legt und als Sender in NRW natürlich besonders in den Blick zu nehmen ist, bieten auch andere Rundfunkanstalten, so beispielsweise der BR zusammen mit dem Goethe Institut, und insbesondere die Deutsche Welle vielfältige Angebote. Die Deutsche Welle verfügt als Auslandssender nicht nur über fundierte Kenntnisse aus den Herkunftsländern von Geflüchteten. Sie hat zusätzlich eine hohe Expertise in der Vermittlung von Leben, Gesellschaft und Kultur in Deutschland. Hier sind sicherlich weitere Synergien zwischen der in Bonn ansässigen Deutschen Welle und dem WDR denkbar.

Kulturvereine, Kulturprojekte und Kultureinrichtungen verfügen über vielfältige kulturelle Angebots- und Vermittlungskonzepte. Viele haben sich bereits interkulturell geöffnet und Strategien in der Zusammenarbeit mit Migranten entwickelt. Die Arbeit mit Geflüchteten verlangt aber weitere Qualifikationen, handelt es sich doch oftmals um Menschen, die traumatisiert sind. Sie haben am Anfang einen in Deutschland ungeklärten Aufenthaltsstatus und können nicht automatisch davon ausgehen, dass sie in Deutschland dauerhaft bleiben werden. Auf diese Unsicherheiten müssen diejenigen, die sich für und mit Geflüchteten engagieren, vorbereitet werden. Dazu gehören auch Reflexionsangebote.

Die Weiterbildung des vorhandenen hauptamtlichen Personals und von bürgerschaftlich Engagierten in interkulturellen Kompetenzen und landeskundlichen Kenntnissen trägt zur Qualitätsverbesserung der kulturellen Bildungsarbeit bei. Durch die Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch mit

Migrantenselbstorganisationen können Erfahrungen und Interessen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in die aktuelle Arbeit einbezogen werden.

In Deutschland gibt es ein breites bürgerschaftliches Engagement in den verschiedenen gesellschaftlichen Feldern und Organisationszusammenhängen. Die bestehende Vereinskultur und viele langfristig angelegte Initiativen stehen für zuverlässiges, kontinuierliches Engagement. Sie entwickeln Bindungskraft für die Menschen, die sich in ihnen engagieren und übernehmen Verantwortung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Kulturvereine und -initiativen sind ein Teilbereich dieses gesellschaftlichen Engagements. Das kulturelle Leben im ländlichen Raum beruht sogar oft grundlegend auf bürgerschaftlichem Engagement, dieses wird nunmehr zusätzlich in der Arbeit für und mit Geflüchteten gefordert. Ihnen kommt im ländlichen Raum eine ähnliche Funktion wie den Sportvereinen zu.

Viele Bürgerinnen und Bürger sind im Kultursektor ehrenamtlich für und mit Geflüchteten aktiv. Das ist sehr wertvoll und wichtig, sind es doch die persönlichen Kontakte zwischen den Bürgerinnen und Bürgern, seien es schon lange hier Lebende oder Neuankommende, die Vorurteile abbauen helfen und unbürokratisch und unmittelbar zum gegenseitigen Austausch beitragen.

Bürgerschaftliches Engagement darf allerdings kein Ersatz für staatliche Daseinsvorsorge und kein Vorwand für deren fortdauernde Mangelwirtschaft sein.

Die Integration von Geflüchteten ist eine neue Aufgabe, der sich die Kulturvereine, -organisationen und -einrichtungen gerne stellen. Sie geht allerdings deutlich über die Regelaufgaben hinaus und bedarf, damit sie nicht zu Lasten anderer Aufgaben geht, zusätzlicher Ressourcen.

Der Deutsche Kulturrat schätzt daher, dass eine Aufstockung der bestehenden Kulturförderung von Gemeinden, Ländern und Bund um fünf Prozent im Jahr erforderlich ist, um die Strukturen im Kulturbereich nachhaltig und längerfristig in die Lage zu versetzen, im Zusammenspiel von haupt- und ehrenamtlichen Akteuren einen qualitativ und quantitativ adäquaten Beitrag zur Integration zu leisten.

III. Rahmenbedingungen für eine gelingende Integration – Bund, Länder und Kommunen gemeinsam

Ich bin der festen Überzeugung, dass Integration eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft, der zivilgesellschaftlichen Akteure, der Institutionen, aber auch von Bund, Ländern und Kommunen ist. Und es ist eine langfristige Aufgabe.

Integrationspolitik betrifft alle staatlichen Ebenen und gesellschaftlichen Akteure. Sie endet weder an den Grenzen eines Bundeslandes, noch sollte „das Rad in jedem Land neu erfunden“ werden. Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern setzen Impulse zur Zusammenarbeit und mobilisieren Ressourcen. Es sollte eine Bund-

Länder-Gemeinschaftsaufgabe Integration geschaffen werden, die auch den Kulturbereich berücksichtigt.

Ich freue mich auf eine interessante Anhörung im Landtag und verbleibe

mit freundlichen Grüßen



Olaf Zimmermann
Geschäftsführer

Anlagen

- Stellungnahme des Deutschen Kulturrates vom 30.09.2015 „Nothilfe jetzt. Integration als langfristige Aufgabe“
- Stellungnahme des Deutschen Kulturrates vom 08.04.2016 „Integration braucht engagierte Menschen und stabile Strukturen“

Deutscher Kulturrat · Mohrenstraße 63 · 10117 Berlin

Nothilfe jetzt, Integration als langfristige Aufgabe

Deutscher Kulturrat zur aktuellen
Flüchtlingssituation und der kulturpolitischen
Verantwortung für die kulturelle Vielfalt

Deutscher Kulturrat e.V.
Mohrenstraße 63
10117 Berlin
Telefon 030. 226 05 28-0
Fax 030. 226 05 28-11
post@kulturrat.de
www.kulturrat.de

Berlin, den 30.09.2015. Die weltweiten Krisen, Bürgerkriege und wirtschaftliche Ungleichheit führen dazu, dass mehr und mehr Menschen ihre Heimat verlassen, flüchten oder auch vertrieben werden. Weltweit befinden sich nach Schätzungen des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) derzeit rund 60 Millionen Menschen auf der Flucht.

Deutschland war noch bis zur Mitte des letzten Jahrhunderts ein Auswanderungsland. Wirtschaftliche Not, politische oder religiöse Verfolgung haben dazu geführt, dass Menschen aus Deutschland ausgewandert sind. Die Verfolgung von Juden, Sinti und Roma, von Andersdenkenden und von Künstlern und Kulturschaffenden durch die Nationalsozialisten stehen für ein besonders düsteres Kapitel der deutschen Geschichte. Das Asylrecht (Politisch Verfolgte genießen Asyl. Art. 16a (1) GG) der Bundesrepublik Deutschland steht in direktem Zusammenhang mit der Verfolgung im Nationalsozialismus.

Unmittelbar nach dem Ende des 2. Weltkriegs hat die Bundesrepublik Deutschland in großem Umfang Vertriebene und Flüchtende aufgenommen. Auch in den nachfolgenden Jahrzehnten flüchteten in jeweils unterschiedlicher Stärke Menschen in die Bundesrepublik Deutschland bzw. reisten in diese ein. Zu nennen sind etwa Menschen, die die DDR verließen, Spätaussiedler aus Russland, Rumänien oder auch Polen, die sogenannten Boat People der 1970er Jahre aus Vietnam, russische Juden in den 1990er Jahren und andere mehr. Rückblickend zeigt sich, dass trotz nach wie vor im Einzelnen bestehender Defizite im Großen und Ganzen die Zuwanderung gelungen ist und Deutschland faktisch ein Einwanderungsland ist. Dies erfordert die Bereitschaft zum Leben in kultureller Vielfalt und den toleranten Umgang miteinander.

Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Kulturverbände, hat in einem mehrjährigen Dialogprozess mit Migrantenverbänden zwei Stellungnahmen zur interkulturellen Bildung erarbeitet, in denen der konkrete Handlungsbedarf von Bund, Ländern, Kommunen, Verbänden und Kultureinrichtungen zur kulturellen Bildung in einer von kultureller Vielfalt geprägten Gesellschaft zusammengeführt ist. Sowohl die Stellungnahme „Lernorte interkultureller Bildung im vorschulischen und schulischen Kontext“ vom 08.10.2010 als auch die Stellungnahme „Lernorte interkultureller Bildung“ vom 29.06.2011 haben an Bedeutung nicht verloren.

Mit Blick auf die aktuelle Ankunft sehr vieler Menschen, die in Deutschland Zuflucht suchen, stellt der Deutsche Kulturrat fest:

- das große bürgerschaftliche Engagement beim Empfang, der Unterbringung und den Hilfeleistungen für Geflüchtete beweist die Stärke der Zivilgesellschaft und zeigt, dass insbesondere die organisierte Zivilgesellschaft einen unverzichtbaren Beitrag für das Gemeinwesen leistet,
- das Engagement vieler Bildungs- und Kultureinrichtungen belegt, wie sehr sich auch der Kulturbereich gefordert sieht, seinen Beitrag zur Teilhabe und Integration von Flüchtlingen zu leisten,
- die vergleichsweise hohe Zahl an Asylanträgen und die hohe Belastung der damit betrauten Behörden dürfen nicht zu einer Absenkung der ordnungsgemäßen Prüfung führen, da das verfassungsrechtlich zugesicherte Asylrecht ein hohes Gut ist,
- fremdenfeindlichen und rassistischen Äußerungen und Angriffen muss entschieden entgegen getreten werden.

Der Deutsche Kulturrat fordert:

- verstärkt in Flüchtlingsunterkünften mit Mitteln von Kunst und Kultur zu arbeiten,
 - denn künstlerische Ausdrucksformen bieten die Möglichkeit traumatische Erlebnisse zu verarbeiten,
 - denn die aktive Beschäftigung mit Kunst und Kultur vertreibt die Langeweile und das Warten in Flüchtlingsunterkünften,
 - denn künstlerische oftmals auch nonverbale Mittel können zur Verständigung beitragen
- bereits bestehende Aktivitäten auszubauen und Künstler sowie Kultur- und Bildungseinrichtungen gezielt zu ermutigen, sich in ihren Institutionen und in Flüchtlingsunterkünften zu engagieren,
- die eigenen Mitglieder auf, geeignete Angebote für Zuflucht suchende Menschen zu entwickeln, um ihnen das Ankommen in Deutschland zu erleichtern.
- einen sensiblen Umgang mit Sprache und Bildern, wenn von geflüchteten Menschen die Rede ist. Hier sind insbesondere die Medien, Zeitungen und audiovisuelle Medien gefordert. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk könnte hier beispielhaft wirken,

- die Verankerung von Deutsch als gemeinsamer Sprache im Grundgesetz. Die deutsche Sprache ist ein wesentliches kulturelles Bindeglied in Deutschland und sollte daher eine besondere Beachtung erfahren.

Der Deutsche Kulturrat fordert Bund, Länder und Kommunen auf, die Bildungs- und Kultureinrichtungen in die Lage zu versetzen, die Chancen und Herausforderungen im Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunftskulturen mitzugestalten bzw. bewältigen zu können. Hierzu gehört auch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für qualifiziertes Personal und Sachmittel.

Neben der aktuellen Hilfe für jetzt Flüchtende dürfen die Fluchtursachen nicht aus den Augen verloren werden. Ursachen für Flucht sind Bürgerkriege wie aktuell in Syrien, politische Instabilität vieler Länder, die Verfolgung Andersdenkender sowie ein ungerechter Welthandel. Bilaterale Freihandelsabkommen zwischen entwickelten Industrienationen bergen die Gefahr, dass der Marktzugang für Schwellen- und Entwicklungsländer noch mehr erschwert wird. In diesem Sinne kann sich das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA TTIP besonders negativ auswirken.

Über die aktuelle Situation der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen sowie der Durchführung von deren Asylverfahren hinaus ist die Integration der nach Deutschland kommenden Menschen eine langfristige Aufgabe.

Sehr viele Menschen, die derzeit als Flüchtlinge nach Deutschland kommen, werden dauerhaft in Deutschland bleiben. Sie werden unsere Kultur und unser Zusammenleben bereichern und verändern. Diesen Veränderungsprozess gilt es aktiv zu gestalten. Der Kulturbereich ist hier besonders gefordert und stellt sich dieser Herausforderung.

Deutscher Kulturrat · Mohrenstraße 63 · 10117 Berlin

Integration braucht engagierte Menschen und stabile Strukturen

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zu den langfristigen Herausforderungen der Integration und dem Potenzial des Kulturbereiches

Deutscher Kulturrat e.V.
Mohrenstraße 63
10117 Berlin
Telefon 030. 226 05 28-0
Fax 030. 226 05 28-11
post@kulturrat.de
www.kulturrat.de

Berlin, den 16.03.2016. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, hat sich bereits am 30.09.2015 in seiner Resolution „Nothilfe jetzt, Integration als langfristige Aufgabe“ zum Themenkomplex kulturelle Bildung und Integration positioniert. Er hat in der Stellungnahme das große bürgerschaftliche Engagement beim Empfang, der Unterbringung und den Hilfeleistungen für Geflüchtete herausgestrichen und betont, dass Bildungs- und Kultureinrichtungen einen Beitrag zu Teilhabe und Integration leisten wollen und können. Mit Blick auf die andauernde Diskussion um die Aufnahme und Integration von Geflüchteten positioniert sich der Deutsche Kulturrat mit dieser Stellungnahme erneut. Beide Stellungnahmen sind im Zusammenhang zu sehen.

Allianz für Weltoffenheit

Der Deutsche Kulturrat ist Mitträger der „Allianz für Weltoffenheit“ und hat gemeinsam mit den Sozialpartnern, Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie Dachverbänden anderer gesellschaftlicher Bereiche den Aufruf „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat – gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt“ verfasst. Darin heißt es zu Beginn: "Deutschland ist ein demokratisches und weltoffenes Land, eingebettet in die Europäische Union als Werte- und Wirtschaftsgemeinschaft, den universellen Menschenrechten verpflichtet. In Deutschland leben seit Jahrzehnten Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion zusammen. Der im Grundgesetz verankerte Schutz der Menschenwürde gilt für alle Menschen, gleich ob sie seit Generationen hier leben, zugewandert oder als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind. Wer in seiner Heimat aufgrund von Krieg und Verfolgung um Leib und Leben fürchten muss, hat Anspruch auf Schutz in Europa. Wir treten dafür ein, dass Deutschland auch weiterhin seine humanitären Verpflichtungen erfüllt. Zugleich steht außer Frage, dass wir unbedingt eine gemeinsame europäische Lösung brauchen, um Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen und den Anliegen der vielen schutzsuchenden Menschen gerecht zu werden.“

Im Jahr 2015 haben rund 1 Million Menschen in Deutschland Zuflucht gesucht. Ohne das große bürgerschaftliche Engagement wäre die Grundversorgung in den Kommunen nicht zu leisten gewesen. Es ist zu erwarten, dass angesichts von Bürgerkriegen und wirtschaftlicher Not weiter Menschen in diesem und in den kommenden Jahren in Europa bzw. in Deutschland Zuflucht suchen werden. Dies

stellt alle staatlichen Ebenen und die gesamte Gesellschaft vor große Herausforderungen. Das beginnt beispielsweise beim Wohnungsbau, bei der Integration in Arbeit, bei der räumlichen, sachlichen und personellen Ausstattung von Kindertageseinrichtungen sowie Schulen und reicht bis zu konkreten Integrationsleistungen des Kulturbereiches. Für den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt ist eine nachhaltige Begleitung der anstehenden Prozesse von Nöten.

Kulturelle Vielfalt

Deutschland ist ein Land der kulturellen Vielfalt. Kultur in Deutschland wird geprägt durch die verschiedenen Regionen, unterschiedlichen kulturellen Ausdrucksformen und Menschen, die hier leben, egal ob hier geboren oder zugewandert. Geflüchtete werden durch ihre kulturellen Ausdrucksformen die kulturelle Vielfalt bereichern. Dabei gilt es Gemeinsamkeiten zu finden und Unterschiede anzuerkennen.

Kunstfreiheit

In Art. 5. Abs. 3 Grundgesetz steht: „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei“. Dieser Grundsatz ist unverrückbar.

Kultur als Heimat

Wer seine Heimat verliert, für den sind kulturelle Traditionen, Bräuche und vertraute künstlerische Ausdrucksformen Erinnerung und Verbindung in die Heimat und Teil der kulturellen Identität. Die Bewahrung und Pflege kultureller Bräuche und Traditionen muss jedoch unter der Akzeptanz hier geltender Regeln erfolgen.

Die Geflüchteten müssen sich in einem Land zurechtfinden, das andere kulturelle Traditionen und Prägungen als ihre Heimat hat und in dem Kunstfreiheit Verfassungsrang hat. Zum Ankommen, Bleiben und Heimisch-Werden in Deutschland ist es unabdingbar, sich mit der Kultur und den kulturellen Traditionen dieses Landes zu befassen. Zugleich baut eine Willkommenskultur gegenüber Geflüchteten Brücken und Kommunikationsanlässe, sich in einer neuen Gesellschaft zurechtzufinden und gemeinsam Verbindendes und Trennendes kennenzulernen.

Willkommen sein bedeutet, dass die Menschen Spielräume und Möglichkeiten bekommen, aktiv am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilzuhaben und mitzugestalten.

Neue Aufgaben – neue Ressourcen

Bedeutung der deutschen Sprache

Sprache ist der Schlüssel zur Integration in die Gesellschaft. Der Deutsche Kulturrat begrüßt die mannigfachen Initiativen von Verbänden und Organisationen in der

Vermittlung von Sprachkenntnissen. Das Erlernen der deutschen Sprache ist mehr als Spracherwerb, es dient zugleich dem Kennenlernen und Verstehen des kulturellen Lebens in Deutschland und ermöglicht Teilhabe. Begrüßenswert ist ebenso die Bereitstellung von Lern- und Orientierungshilfen. Auch hier engagieren sich viele Akteure des Kulturbereiches. Lernplattformen und Apps bieten ortsunabhängig die Möglichkeit, sich zu informieren, Wissen und Kenntnisse zu erwerben. Erforderlich ist eine stärkere Bündelung und Abstimmung der verschiedenen Aktivitäten, nicht zuletzt auch um Ressourcen zielgerichtet einzusetzen. Nur durch qualifizierte hauptamtliche Strukturen ist die Aufgabe zu meistern.

Personelle und sachliche Ausstattung

Zur Unterstützung ehrenamtlicher Strukturen gehört ein Netz hauptamtlich arbeitender Akteure und gesicherter Strukturen, die ihrerseits gezielt und systematisch Ehrenamtliche weiterbilden und in ihrer Arbeit begleiten und unterstützen oder auch koordinieren. So benötigt die Entwicklung von pädagogischen Konzepten und Vermittlungsformen für die Kulturarbeit mit Geflüchteten einen entsprechenden qualitativen Unterbau aus Personal und Sachmitteln. Hieraus entsteht zusätzlicher Aufwand für Personal und Material. Die Auslagen von bürgerschaftlich Engagierten gilt es unbürokratisch zu erstatten.

Kulturarbeit mit Geflüchteten bedarf der entsprechenden sachlichen Ausstattung. Hierzu gehören Materialien und weitere entsprechende technische Ausstattungen. Der Deutsche Kulturrat warnt vor der Erwartung, dass die hierfür nötigen Ressourcen von den Kultureinrichtungen, -projekten oder -vereinen aus dem bestehenden Etat bestritten werden können.

Qualität und Qualifikation

Kulturvereine, Kulturprojekte und Kultureinrichtungen verfügen über vielfältige kulturelle Angebots- und Vermittlungskonzepte. Viele haben sich bereits interkulturell geöffnet und Strategien in der Zusammenarbeit mit Migranten entwickelt. Die Arbeit mit Geflüchteten verlangt aber weitere Qualifikationen, handelt es sich doch oftmals um Menschen, die traumatisiert sind. Sie haben am Anfang einen in Deutschland ungeklärten Aufenthaltsstatus und können nicht automatisch davon ausgehen, dass sie in Deutschland dauerhaft bleiben werden. Auf diese Unsicherheiten müssen diejenigen, die sich für und mit Geflüchteten engagieren, vorbereitet werden. Dazu gehören auch Reflexionsangebote.

Die Weiterbildung des vorhandenen hauptamtlichen Personals und von bürgerschaftlich Engagierten in interkulturellen Kompetenzen und landeskundlichen Kenntnissen trägt zur Qualitätsverbesserung der kulturellen Bildungsarbeit bei. Durch die Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch mit Migrantenselbstorganisationen können Erfahrungen und Interessen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in die aktuelle Arbeit einbezogen werden.

Bürgerschaftliches Engagement

In Deutschland gibt es ein breites bürgerschaftliches Engagement in den verschiedenen gesellschaftlichen Feldern und Organisationszusammenhängen. Die bestehende Vereinskultur und viele langfristig angelegte Initiativen stehen für zuverlässiges, kontinuierliches Engagement. Sie entwickeln Bindungskraft für die Menschen, die sich in ihnen engagieren und übernehmen Verantwortung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Kulturvereine und -initiativen sind ein Teilbereich dieses gesellschaftlichen Engagements. Das kulturelle Leben im ländlichen Raum beruht sogar oft grundlegend auf bürgerschaftlichem Engagement, dieses wird nunmehr zusätzlich in der Arbeit für und mit Geflüchteten gefordert.

Viele Bürgerinnen und Bürger sind im Kultursektor ehrenamtlich für und mit Geflüchteten aktiv. Das ist sehr wertvoll und wichtig, sind es doch die persönlichen Kontakte zwischen den Bürgerinnen und Bürgern, seien es schon lange hier Lebende oder Neuankommende, die Vorurteile abbauen helfen und unbürokratisch und unmittelbar zum gegenseitigen Austausch beitragen.

Bürgerschaftliches Engagement darf allerdings kein Ersatz für staatliche Daseinsvorsorge und kein Vorwand für deren fortdauernde Mangelwirtschaft sein.

Anerkennungskultur

In vielen Kommunen gibt es positive Beispiele der Unterstützung und Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit. Dazu zählen beispielsweise die EhrenamtsCard, freier Eintritt in öffentliche Einrichtungen, Einladungen zu besonderen Veranstaltungen, freie Fahrt in den öffentlichen Nahverkehrsmitteln und anderes mehr. Diese Anerkennung muss es auch für die Arbeit für und mit Geflüchteten geben.

Zur Anerkennungskultur gehört auch, den Eigensinn und die Selbstbestimmung des bürgerschaftlichen Engagements zu achten und wertzuschätzen. Bürgerschaftlich Engagierte sollen, wollen und können keine Lückenbüsser für hauptamtliche Strukturen sein.

Schaffung einer Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe Integration

Integrationspolitik betrifft alle staatlichen Ebenen und gesellschaftlichen Akteure. Sie endet weder an den Grenzen eines Bundeslandes, noch sollte „das Rad in jedem Land neu erfunden“ werden. Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern setzen Impulse zur Zusammenarbeit und mobilisieren Ressourcen. Es sollte eine Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe Integration geschaffen werden, die auch den Kulturbereich berücksichtigt.

Ausweitung bestehender Förderprogramme

Bestehende Förderprogramme und -strukturen insbesondere auch im Bereich der kulturellen Bildung müssen ausgebaut werden. Bestehende etablierte Strukturen bringen einen Erfahrungsschatz und Kompetenzen in der Arbeit mit Förderprogrammen ein, der genutzt werden sollte. Die Erweiterung der bestehenden Programme, wie beispielsweise die Jugendfreiwilligendienste und das Programm "Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung" kann dazu beitragen, dass nicht eine neue Sonderstruktur für Geflüchtete entsteht, die wiederum zu Segregation führen kann, sondern dass Geflüchtete als Zielgruppe gemeinsam mit anderen in den Blick genommen werden.

Fazit

Integration von Geflüchteten ist eine neue Aufgabe, der sich die Kulturvereine, -organisationen und -einrichtungen gerne stellen. Sie geht allerdings deutlich über die Regelaufgaben hinaus und bedarf, damit sie nicht zu Lasten anderer Aufgaben geht, zusätzlicher Ressourcen.

Der Deutsche Kulturrat schätzt, dass eine Aufstockung der bestehenden Kulturförderung von Gemeinden, Ländern und Bund um fünf Prozent im Jahr erforderlich ist, um die Strukturen im Kulturbereich nachhaltig und längerfristig in die Lage zu versetzen, im Zusammenspiel von haupt- und ehrenamtlichen Akteuren einen qualitativ und quantitativ adäquaten Beitrag zur Integration zu leisten.